

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses

**zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 7. Juli 2008
– Drucksache 14/3404**

**Denkschrift 2008 zur Haushaltsrechnung 2006;
hier: Beitrag Nr. 4 – Öffentlichkeitsarbeit der Ministerien**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 7. Juli 2008 zu Beitrag Nr. 4 – Drucksache 14/3404 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
 1. die Einrichtung einer zentralen Servicestelle Öffentlichkeitsarbeit zu prüfen und ggf. im Zuge der Neuunterbringung der Ministerien umzusetzen;
 2. die Vorschläge des Rechnungshofs zur verbesserten Steuerung und Koordination der Öffentlichkeitsarbeit der Ministerien, soweit noch nicht geschehen, umzusetzen;
 3. dem Landtag über das Veranlasste bis 31. Dezember 2009 zu berichten.

16. 10. 2008

Die Berichterstatterin:

Ursula Lazarus

Der Vorsitzende:

Ingo Rust

Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Mitteilung Drucksache 14/3404 in seiner 30. Sitzung am 16. Oktober 2008.

Die Berichterstatterin trug vor, in den Landesministerien seien im Jahr 2005 insgesamt 67 Vollzeitstellen für Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt worden. Zusammen mit den Sachkosten hätten sich Gesamtkosten von rund 14,7 Millionen € ergeben.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit fielen eine Reihe von Aufgaben an, die völlig unabhängig von Inhalt und Adressatenkreis regelmäßig zu erledigen seien. Hierzu gehörten z. B. die grafischen Leistungen, die Durchführung von Veranstaltungen sowie Vertrieb und Versand. Für diese Tätigkeiten, die nicht zu den Kernaufgaben der Mitarbeiter in den Fachabteilungen zählten, hätten die Ressorts im Jahr 2005 insgesamt 31 Vollzeitäquivalente eingesetzt.

Der Rechnungshof schlage vor, diese Aufgaben künftig von einer zentralen Servicestelle erledigen zu lassen. Durch die Erledigung dieser Tätigkeiten mittels entsprechend geschultem, professionellem Personal könne der bisher erforderliche Personaleinsatz von mehr als 30 Stellen erheblich reduziert werden. Der Vorschlag für ein solches Servicezentrum decke sich mit den Zielsetzungen der Strukturkommission für Aufgabenkritik und Haushalt. Spätestens im Zuge der baulichen Zusammenführung von Ministerien sollte dieses Dienstleistungszentrum eingerichtet werden.

Innerhalb der Ressorts sei die Aufgabe Öffentlichkeitsarbeit sehr unterschiedlich organisiert. Nach Auffassung des Rechnungshofs bedürfe es für eine effiziente Koordination und Steuerung der Öffentlichkeitsarbeit einer zentralen Steuerung und Überwachung. Bei einigen Ressorts bestehe in diesem Bereich noch Handlungsbedarf.

Die Ministerien hätten im Jahr 2005 insgesamt 2,4 Millionen € an Drittmitteln für Projekte der Öffentlichkeitsarbeit generieren können. Bezogen auf die Sachkosten in Höhe von 8,7 Millionen € entspreche dies einem Anteil von immerhin 27 %. Der Rechnungshof sehe noch ein gewisses Steigerungspotenzial bei der Akquirierung von Drittmitteln.

Ihres Erachtens habe die Anregung des Rechnungshofs für eine Beschlussempfehlung an das Plenum inzwischen wohl mit allen Ministerien abgestimmt werden können. Sie übernehme diese Anregung, sodass ihr Beschlussvorschlag wie folgt laute:

Der Landtag wolle beschließen,

I. von der Mitteilung des Rechnungshofs zu Beitrag Nummer 4, Drucksache 14/3404, Kenntnis zu nehmen;

II. die Landesregierung zu ersuchen,

1. die Einrichtung einer zentralen Servicestelle Öffentlichkeitsarbeit zu prüfen und gegebenenfalls im Zuge der Neuunterbringung der Ministerien umzusetzen;

2. die Vorschläge des Rechnungshofs zur verbesserten Steuerung und Koordination der Öffentlichkeitsarbeit der Ministerien, soweit noch nicht geschehen, umzusetzen;

3. dem Landtag über das Veranlasste bis 31. Dezember 2009 zu berichten.

Ein Abgeordneter der SPD äußerte, für eine zentrale Servicestelle Öffentlichkeitsarbeit seien einige Büros erforderlich. Ihn interessiere, ob diese Räume vom Gebäudekörper her, wie er für die Neuunterbringung von Ministerien an der Willy-Brandt-Straße in Stuttgart geplant sei, eingerichtet werden könnten.

Der Staatssekretär im Finanzministerium sagte zu, dass dieser Aspekt im weiteren Fortgang der Planungen für die Willy-Brandt-Straße in die Erwägungen einbezogen werde. Er fügte an, dies sei bisher noch nicht geschehen.

Daraufhin stimmte der Ausschuss dem Beschlussvorschlag der Berichterstatterin einstimmig zu.

05. 11. 2008

Ursula Lazarus